

Russland und der Krieg gegen Georgien

Meister, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Meister, S. (2008). *Russland und der Krieg gegen Georgien*. (DGAP-Standpunkt, 14). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-130046>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Russland und der Krieg gegen Georgien

Stefan Meister

Der Konflikt zwischen Russland und Georgien, der sich zu einem Konflikt zwischen Russland und dem Westen entwickelt hat, liegt nicht im Interesse Russlands. Im Gegenteil, langfristig schadet dieser Konflikt Russland politisch und ökonomisch erheblich. Der russische Einmarsch in Georgien und die harte Haltung bei der Anerkennung Südossetiens und Abchasiens sind vor allem die Folge einer Eigendynamik innerhalb Russlands. Deshalb ist es wichtig, den inneren Reformprozess in Russland zu unterstützen. Die Instrumente zur Vertrauensbildung und Kommunikation zwischen Russland und dem Westen haben in diesem Konflikt versagt und müssen dringend auf den Prüfstand. Eine nüchterne Analyse der Konfliktsachen ist nötig, nicht eine Überreaktion in Form einer übereilten Aufnahme Georgiens in die NATO.

Mit dem Angriff Georgiens auf die südossetische »Hauptstadt« Zchinwali und der militärischen Reaktion Russlands hat Moskau erstmals seit dem Ende des Ost-West-Konflikts einen Krieg gegen ein anderes Land geführt. Die Reaktion des Westens ließ nicht lange auf sich warten: Präsident George W. Bush sprach Russland seine Glaubwürdigkeit ab und warf Moskau vor, seine Beziehungen zur »freien Welt« zu beschädigen. Der schwedische Außenminister, Carl Bildt, verglich die russische Begründung für den Militäreinsatz mit Hitlers Rechtfertigung für die Okkupationen Nazi-Deutschlands. Als der russische Präsident, Dmitrij Medwedew, in einem nächsten Schritt einseitig die Unabhängigkeit der beiden georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien anerkannte, verschärfte sich die Rhetorik auf beiden Seiten weiter. Die USA und zeitweise auch die EU drohten mit Sanktionen. Die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, die sich im Frühjahr noch gegen einen vorschnellen NATO-Beitritt Georgiens ausgesprochen hatte, betonte mehrfach die Möglichkeit für Georgien, der transatlantischen Organisation zügig beizutreten. Von westlichen Politikern wurden die Krim und die baltischen Staaten als nächste mögliche Ziele einer russischen Intervention bezeichnet. Die USA schickten, mit der Begründung huma-

nitäre Hilfe zu leisten, Kriegsschiffe in das Schwarze Meer und begannen gemeinsam mit NATO-Partnern ein nach ihren Angaben bereits seit langem geplantes Manöver in der Region. Russlands Präsident Medwedew reagierte mit den Worten, dass Russland zwar keinen Kalten Krieg wünsche, aber sich davor auch nicht fürchte. Die Spirale einer Rhetorik des Kalten Krieges hatte ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Der Propagandakrieg

Von Anfang an war dieser Krieg auch eine Propagandaschlacht. Im Gegensatz zu Russland konnte der georgische Präsident Michail Saakaschwili in den westlichen Medien erfolgreich seine Version des Krieges verbreiten und die Auseinandersetzung zu einem Konflikt zwischen »Russland und der zivilisierten Welt« stilisieren. Dabei fand er vor allem bei angelsächsischen Medien eine Bühne, die er erfolgreich zu nutzen wusste. Russland dagegen hat im Propagandakrieg mit Saakaschwili sehr spät reagiert und wie so oft vor allem gedroht. Die schnelle Anerkennung Südossetiens und Abchasiens durch Präsident Medwedew ohne Abstimmung mit der Völkergemeinschaft schien die Worte Saakaschwilis zu bestätigen. Dabei spricht die späte Reaktion Russlands auf diesen Angriff und sein

ungeschicktes Verhalten gegenüber der internationalen Öffentlichkeit nicht dafür, dass es zu diesem Zeitpunkt einen Krieg mit Georgien erwartete.

Russland ist das Opfer seiner eigenen Propaganda. Seit Jahren erklärt die russische Führung ihrer Bevölkerung, dass das Land durch Öl- und Gasreichtum wieder zu alter Stärke erwachsen sei und es eine neue Konfrontation mit dem Westen gebe. Die Politiktechnologien des Kreml verbreiteten, dass westliche Regierungen, v.a. die der USA, über die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen Russland schaden möchten. Gleichzeitig überinterpretieren sie die NATO-Osterweiterung und den Bau des US-Raketenabwehrschilds als direkten Angriff auf Russlands Interessen. Diese Propaganda gegen einen äußeren Feind sollte vor allem im Parlaments- und Präsidentschaftswahlkampf dazu dienen, die Bevölkerung für die Wahl des »richtigen« Kandidaten zu motivieren. Mit der harten Reaktion des Westens auf den russischen Einmarsch in Georgien fühlten sich die russische Elite und Bevölkerung in ihrer negativen Annahme bestätigt. In kürzester Zeit entwickelte die Anti-USA-, Anti-NATO- und Anti-West-Rhetorik in den russischen Medien, geschürt durch Hardliner, eine Eigendynamik, die breite Zustimmung in der Bevölkerung erhielt. Als dann die vom Kreml kontrollierten beiden Kammern des Parlaments die Anerkennung der beiden abtrünnigen Provinzen forderten, blieb Präsident Medwedew nichts anderes übrig, als die Forderung auszuführen. Dabei wirkte er eher wie ein Getriebener als wie ein überzeugt handelnder Akteur. Einerseits schürte die russische Führung aufgrund geopolitischer Interessen diese Dynamik, andererseits wurde sie letztlich von ihrer eigenen Propaganda eingeholt. Die harte und zum Teil unreflektierte Haltung Russlands ist damit auch die Folge fehlender innerer Opposition.

Medwedews Rolle

Russlands neuer Präsident Dmitrij Medwedew war als Wirtschaftsreformer angetreten. Am Ende seiner ersten 100 Tage im Amt scheint er sich zum Hardliner entwi-

ckelt zu haben. Der innenpolitische Druck, gegenüber dem Westen Stärke zu zeigen, war so groß geworden, dass Premier Wladimir Putin eine harte Linie unterstützte und Medwedew die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens aussprach. Dabei klangen die harten Worte des neuen Präsidenten so, als habe Putin sie ihm notiert. Falls ein Konflikt mit dem Westen oder eine Annektion postsowjetischer Gebiete Ziel einer langfristig vorbereiteten Provokation sein sollten, so war die Entscheidung, Medwedew an die Spitze des Staates zu setzen, falsch. Putin hat sich nicht für den Hardliner Sergej Iwanow entschieden, der überzeugender eine harte Haltung gegenüber dem Westen vertreten hätte. Die innerhalb eines engen Elitenzirkels getroffene Auswahl Medwedews diente dem vorrangigen Ziel der wirtschaftlichen Modernisierung des Landes. Medwedew soll nicht den Konflikt mit dem Westen suchen, sondern im Konsens mit den Eliten einen russischen Weg zur wirtschaftlichen Modernisierung des Landes in Kooperation mit dem Westen finden.

Der Westen

Entscheidend für die Verschärfung des Konfliktes war, dass die USA als die stärkste Weltordnungsmacht zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung von einem Präsidenten auf Abruf geführt wurde (»lame duck«). Gleichzeitig entwickelte sich die Krise im Kaukasus zum Thema im US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf. Für den in den Umfragen zurückliegenden Republikaner John McCain war der übertriebene Militäreinsatz Russlands die Chance, sich als Hardliner zu profilieren. McCain hatte sich in den letzten Monaten als starker Mann gegenüber dem Kreml präsentiert und einen Ausschluss Russlands aus wichtigen internationalen Organisationen (u. a. G8) gefordert. Nun schien sich seine Haltung zu bestätigen. Dass solch ein Konflikt nur kurzfristig auf die amerikanischen Wähler wirken würde, die katastrophale Wirtschaftsbilanz der Regierung Bush und der Irak-Krieg langfristig die zentrale Rolle spielen werden, war dabei erst einmal nicht wichtig. Somit entfielen die USA als möglicher Kon-

fliktlöser, im Gegenteil, Washington förderte die Spirale der konfrontativen Rhetorik. Es ist zu befürchten, dass sich bis zum 4. November daran wenig ändern wird.

Infolgedessen wäre es an der Europäischen Union, sich als zentraler Akteur für Verhandlungen über den Kaukasus zu profilieren. Zeigte die französische Ratspräsidentschaft mit dem schnellen Entwurf eines Sechs-Punkte-Plans zur Beendigung des Kriegs noch eine gewisse Souveränität, so änderte sich das mit den Versuchen von Außenminister Bernard Kouchner, ein Drohpotenzial gegenüber Moskau aufzubauen. Die Drohung der Europäischen Union mit scharfen Sanktionen musste er aufgrund fehlender Möglichkeiten kurze Zeit später wieder zurückziehen. Bereits im Vorfeld des EU-Sondergipfels in Brüssel am 1. September wurde ein weiteres Mal deutlich, dass sich die EU auf keine Sanktionen und nur schwer auf eine einheitliche Position gegenüber Russland einigen konnte. Strebten Polen und die baltischen Staaten, unterstützt durch Großbritannien, Wirtschaftssanktionen und ein Aussetzen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens an, so bremsten Deutschland und Frankreich trotz ungewohnt scharfer Rhetorik erneut. Die EU ist schwach, wo sie Härte und Einigkeit zeigen muss, aber stark, wo sie einbinden kann. Deshalb sollte sie sich auf Kommunikation und Kooperation konzentrieren. Gerade mit einem Aussetzen der Verhandlungen um das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen würde sich die Union selbst schaden, da sie damit die seit Jahren gewünschte stärkere Verrechtlichung der Beziehungen zu Russland erneut selbst behindern würde.

Russland als Gewinner?

Ist Russland der lachende Dritte, der sich über die schwächelnden US-Amerikaner und zerstrittenen Europäer hinwegsetzen kann? Nein, Russland verliert durch seinen Krieg gegen Georgien und insbesondere die einseitige Anerkennung von Abchasien und Südossetien langfristig am meisten.

1. Erstmals muss Russland infolge der einseitigen Anerkennung der beiden abtrünnigen georgischen Provinzen Verantwortung in der Region übernehmen. Russland hat in den letzten 15 Jahren Pässe an die Südossetier ausgestellt, sich mittels südossetischer Freischärler kleine Gefechte mit den Georgiern geliefert und die separatistischen Randgebiete Georgiens logistisch und militärisch unterstützt. Diese Situation war sehr praktisch für Moskau, da es de facto die Gebiete kontrollierte und gleichzeitig eine Westintegration Georgiens durch die ungeklärten Konflikte behindern konnte. Der Westen hat zugehört und Russlands Gebaren akzeptiert, wollte er sich doch in der Region nicht die Finger verbrennen. Somit konnte Moskau mit minimalem Aufwand relativ viel Einfluss in der Region ausüben. Nach der einseitigen Anerkennung der beiden Gebiete muss es nun bedeutend mehr investieren und Erfolge beim Aufbau und der wirtschaftlichen Entwicklung vorweisen. Es reicht nicht mehr aus, den Status quo zu erhalten, sondern Moskau muss langfristig Verantwortung übernehmen.
2. Russland schafft mit der Anerkennung der beiden georgischen Gebiete einen Präzedenzfall, der negative Auswirkungen auf das eigene Territorium haben könnte. Als multiethnischer Staat, der zwei blutige Kriege im Nordkaukasus führte, um Separatismus zu verhindern, eröffnet es selbst die Möglichkeit dazu. Das Handeln Moskaus wird insbesondere in Dagestan und Inguschetien, aber auch in den zentralen ethnischen Republiken Tatarstan oder Baschkordistan genau beobachtet. Ob das von Moskau gestützte Regime um Ramsan Kadyrow in Tschetschenien auf Dauer loyal bleibt, ist ebenso unklar.
3. Die russische Regierung verliert mit ihrem Vorgehen Einfluss in ihrer direkten Nachbarschaft. Die Eliten in den postsowjetischen Staaten haben zwar zumeist Interesse an guten Beziehungen zu Moskau, aber das bedeutet auf keinen Fall weitergehende Integration mit Russland. Dies zeigten gescheiterte Versuche einer wirtschaftlichen Integration in diesem Raum. Das militärische Vorgehen gegen Georgien und die

Isolation Russlands wird die Kooperation mit den kaukasischen und zentralasiatischen Staaten schwächen. Ebenso werden Staaten, die wie die Ukraine bereits auf dem Weg einer Westintegration sind, versuchen, diese zu beschleunigen. Umgekehrt könnte das russische Vorgehen die Bereitschaft der NATO und der EU, postsowjetische Staaten aufzunehmen, erhöhen. Erste Anzeichen dafür gibt es, insbesondere in Bezug auf die Ukraine und Georgien.

4. Russlands einseitige Anerkennung von Südossetien und Abchasien behindert den Ausbau seiner ökonomischen und sicherheitspolitischen Beziehungen im asiatischen Raum. Kein Land der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) hat Russland in seinem Schritt unterstützt, vielmehr wurde Ende August 2008 eine Erklärung verabschiedet, die für die Integrität von Staaten eintritt. Sowohl in China als auch Aserbaidschan existieren Konflikte mit Minderheiten, auf die das russische Vorgehen negative Auswirkungen haben könnte. China könnte die Schwächung Russlands nutzen, um in der Region mehr Einfluss zu gewinnen.
5. Russlands Wirtschaft leidet massiv unter dem negativen Image als Folge des Konfliktes. Russische Unternehmen haben an der Börse stark an Wert verloren, Rating-Agenturen haben die Investitionsrisiken höher und die Kreditwürdigkeit Russlands niedriger eingestuft. Dies wird wichtige Investitionen verhindern und für russische Unternehmen den Zugang zum Kreditmarkt erschweren. Damit wäre das wichtigste Projekt des Tandems Putin-Medwedew, die ökonomische Modernisierung Russlands, in Gefahr. Und das liegt überhaupt nicht im Interesse Russlands.

Was tun?

Rhetorisch die Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen herunterfahren, alle Kanäle nutzen, um mit Moskau zu reden und auch die moderateren Kräfte in Russland zu unterstützen. Wichtige Kommunikationsforen wie der NATO-Russland-Rat sollten nicht ausgesetzt werden, denn jetzt werden sie ge-

braucht. Die diplomatischen Kanäle der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sollten für Gespräche stärker genutzt werden. Zum Normalisierungsprozess könnte der Petersburger Dialog am 1. und 2. Oktober 2008 und die parallel stattfindenden deutsch-russischen Konsultationen beitragen. Gerade jetzt ist es wichtig, mit Russland über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zu verhandeln. Diese Krise hat wieder einmal verdeutlicht, dass der innere Reformprozess in Russland stärker unterstützt werden muss, ebenso wie eine stärkere Öffnung und Einbindung des Landes. Gleichzeitig muss Russland klar gezeigt werden, dass es mit seiner Anerkennung Südossetiens und Abchasiens und der anhaltenden Besetzung Georgiens zu weit gegangen ist. Das hat die EU auf ihrem Sondergipfel (1.9.2008) in positiver Weise getan. Ebenso muss der Schuldanteil Saakaschwilis an diesem Krieg geklärt werden und eine Internationalisierung der Konfliktlösung erfolgen. Nur wenn sich der Westen und insbesondere die Europäische Union als neutraler Akteur zur Lösung der Krise im Kaukasus einschalten, können Fortschritte erzielt werden. Weiterhin hat dieser Konflikt gezeigt: die Mechanismen zur Vertrauensbildung und Kommunikation mit Russland haben nicht funktioniert und müssen unbedingt überprüft werden. Russland strebt eine Erneuerung der ökonomischen und sicherheitspolitischen Beziehungen in Europa an. Das sollte ernst genommen und Russlands Präsident Medwedew zu konkreten Vorschläge aufgefordert werden. Eine übereilte Aufnahme Georgiens oder der Ukraine in die NATO würde eine Lösung des Konfliktes im Kaukasus mit Russland und damit insgesamt verhindern.



Dr. Stefan Meister
<meister@dgap.org>